

Gemeinde erlässt Nachtragshaushalt

Weingarten (jum). Die negative Zuführung vom Vermögenshaushalt in den Verwaltungshaushalt der Gemeinde Weingarten, im Haushaltsplan 2010 auf 994 000 Euro angesetzt, erhöht sich um rund knapp 1,4 Millionen Euro auf fast 2,4 Millionen Euro. Das geht aus dem Controllingbericht zum Haushalt hervor, der in der jüngsten Gemeinderatssitzung vorgestellt wurde.

Im Verwaltungshaushalt zu Buche schlagen vor allem der Rückkauf der nicht veräußerten Grundstücke im Baugebiet „Südlich der Ringstraße“ mit über einer Million Euro und höhere Zuschüsse im Kleinkind- und Kindergartenbereich (276 000 Euro). Im Verwaltungshaushalt erhöhen sich die Ausgaben (ohne Umschuldung) um rund 1,2 Millionen Euro auf gut sieben Millionen Euro. Die im Haushaltsplan beschlossene Kreditaufnahme von 3,4 Millionen Euro erhöht sich um etwas über eine Million. „Eine solche Abweichung gegenüber dem Planansatz können wir uns nicht erlauben“, sagte Bürgermeister Eric Bänziger. „Wir werden in Zukunft eher vorsichtig planen.“

Wegen der gravierenden Änderungen erließ der Gemeinderat im nächsten Tagesordnungspunkt einen Nachtragshaushalt. Unter anderem sind darin die Finanzierungskosten für das Baugebiet „Südlich der Ringstraße“ im Vermögenshaushalt statt im Verwaltungshaushalt gebucht. Im Stellenplan ist eine zusätzliche Stelle für das Bürgerbüro ausgewiesen.

Hinweis: Der Nachtragshaushalt wurde gegen die Stimmen der WBB beschlossen. Grund war eine Haushaltsposition in Höhe von 10.000 € als Zuschuss für die Firma Klebchemie für den Bau einer „öffentlichen“ Toilette auf deren Firmengelände, die eigentlich ausschließlich für die anliefernden LKW-Fahrer gedacht ist.

Der ehemalige Bürgermeister Scholz sicherte diesen Zuschuss der Firma zu, obwohl er deutliche Ablehnung bei der Vorstellung des Vorhabens im Ältestenrat erfahren hatte.

Nach § 10 der Hauptsatzung im Ortsrecht darf der Bürgermeister außerplanmäßige Ausgaben über 5.000 € nur mit Zustimmung des Gemeinderates tätigen. Diese ist nicht erfolgt.

Mit der Aufnahme der Summe in den Nachtragshaushalt wollte die Verwaltung die mittlerweile getätigte Ausgabe nachträglich legitimieren, wozu die WBB nicht bereit war. Die Position wurde zuvor getrennt abgestimmt, immerhin kam „leise“ Zustimmung für dieses Fehlverhalten durch das Abstimmungsverhalten der Grünen und der FDP, die sich jeweils der Stimme enthielten.

Leider berichtet die BNN oder TBR nicht über solche Dinge, weder über die Hintergründe noch über das Abstimmungsverhalten der einzelnen Fraktionen.